

(15.09.2016 –28.09.2016)

# Grüner Pressespiegel

*Kreisverband*

## **29.09.2016 - Gratulation an die Grünen in Mitte**

"Die Wahl ist für die Kasseler Grünen sehr erfolgreich verlaufen und wir freuen uns mit unseren Parteifreunden im Ortsteil Mitte über das tolle grüne Ergebnis", sagt Vanessa Gronemann, Kreisvorsitzende der Kasseler Grünen. Die Glückwünsche gehen vor allem an Christof Stefaniak, Miriam Winkelhöfer und Sybille Troll, die in der kurzen Amtszeit bis zur Nachwahl schon gezeigt haben, dass sie den Stadtteil mit neuem Schwung vertreten.

Die Nachwahl zum Ortsbeirat habe allerdings eine erschreckend niedrige Wahlbeteiligung ergeben, was die Freude der Grünen deutlich eingrenzt. "Die 13,8% sind natürlich kein gutes Zeichen. Auch für Nachwahlen müssen wir in der Stadt Kassel mehr werben", fordert Gronemann.

*Nicole Maisch, MdB*

## **28.09.2016 - Mehr Transparenz bei veganen und vegetarischen Produkten schaffen!**

Zur Ablehnung unseres Antrages „Mehr Transparenz bei vegetarischen und veganen Produkten schaffen“ im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucher- und Tierschutzpolitik:

Wort und Tat passen bei Union und SPD nicht zusammen. Sie betonen Handlungsbedarf bei transparenter Kennzeichnung, blockieren aber greifbare Verbesserungen, ohne selbst Vorschläge vorzulegen. Eine Zustimmung wäre ein wichtiges Signal gewesen für die seit Jahren wachsende Anzahl der Vegetarierinnen und Veganer in Deutschland. Wir fordern, dass diese besser auf Produkten erkennen können sollen, ob es sich um pflanzliche Lebensmittel handelt, oder ob tierische Inhalts- oder Verarbeitungstoffe eingesetzt wurden.

Wir wollen, dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für mehr Klarheit und Verlässlichkeit bei der Kennzeichnung veganer und vegetarischer Produkte einsetzt, und sich dabei an der von den Länder-Verbraucherministern beschlossenen Definitionen der Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ orientiert. Und wir wollen, dass klar erkenntlich gemacht wird, wenn tierische Produkte bei der Herstellung oder Verarbeitung verwendet wurden. Wenn Gelatine zur Klärung von Saft, Fischblasen zur Klärung von Wein oder Kälberlab bei der Herstellung von Käse eingesetzt wird, muss das auch auf dem Produkt angegeben werden.

Wer sich bewusst gegen tierische Produkte entscheiden möchte, soll dazu die Möglichkeit haben. Unser Antrag hätte auch noch einen anderen Missstand beseitigt, den jetzt SPD und Union rechtfertigen müssen: Für Soja- oder Reis-Drinks sollten nicht mehr Steuern bezahlt werden müssen als für Kuhmilch.

*Karin Müller, MdL*

## **28.09.2016 - Finanzspritze für Kasseler Tram Haltestellen - Landesförderung ist gut angelegtes Geld**

Mit 1,2 Millionen Euro unterstützt das Land Hessen den Ausbau von Kasseler Straßenbahn-Haltestellen. „Förderungen für öffentliche Verkehrsmittel sind hinsichtlich einer nachhaltigen Mobilität besonders zu begrüßen“, so die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller. „Im Wettbewerb mit dem privaten PKW hat der ÖPNV nur dann eine Chance, wenn der öffentliche Nahverkehr besser auf steigende Fahrgastzahlen ausgerichtet wird.“

Die Fördermittel werden für die Verlängerung der Bahnsteige an den Haltestellen der Streckenabschnitte von der Stadtgrenze zu Baunatal über die Frankfurter Straße bis zur Ihringshäuser Straße sowie auf der Helleböhnstrecke fließen, um in Stoßzeiten Straßenbahnen mit Beiwagen verkehren zu lassen. Die Fahrten sollen sich zukünftig komfortabler und entspannter gestalten, da unter anderem bei hohem Passagieraufkommen mehr Sitzplätze und mehr Ein- und Ausstiege zur Verfügung stehen.

Um für Fahrgäste Anreize zu schaffen, den ÖPNV gerne zu nutzen, sind Investitionen in diese Bereiche wichtig. „Durch spürbare Änderungen der Verkehrsmittelwahl zugunsten einer klimafreundlichen Fortbewegung, kann eine Entlastung der Stadträume von den negativen Auswirkungen des Autoverkehrs gelingen. Besonders der ÖPNV spielt eine wichtige Schlüsselrolle, da hier die größten Verlagerungspotenziale bestehen“, so Müller abschließend.

*Karin Müller, MdL*

## **28.09.2016 – Mobilitätsbericht 2020: Klimaschutz und Barrierefreiheit sind Eckpfeiler hessischer Verkehrspolitik**

Die GRÜNEN im Landtag unterstützen die Ziele des heute vorgestellten Mobilitätsberichts der Hessischen Landesregierung. „Hessen ist die Verkehrsdrehscheibe

Deutschlands. Zugleich ist der Verkehr mit seinem Ausstoß an klimaschädlichem Kohlendioxid nach dem Energiesektor der wichtigste Faktor für die Erderwärmung“, kommentiert die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karin Müller. „Der Mobilitätsbericht verdeutlicht, an welchen Stellschrauben die Landesregierung dreht und noch drehen muss, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und die Verkehrswende zu verstetigen.“ Der jährliche Mobilitätsbericht beschreibt die Entwicklungen und Perspektiven des Verkehrs in Hessen und zeigt die verkehrspolitischen Leitlinien der Landesregierung auf.

Zwei wichtige Felder, um die Verkehrswende vor Ort klimafreundlicher zu gestalten, sind der Ausbau des Radwegenetzes und die Stärkung der Nahmobilität. „Investitionen in diese beiden Bereiche erleichtern es den Menschen, das Auto einfach mal stehen zu lassen. Neun von zehn Autofahrten innerhalb deutscher Städte sind kürzer als sechs Kilometer“, erklärt Müller. „Die Fahrt zum Bäcker mit dem Rad oder zu Fuß soll attraktiver werden als die mit dem Auto. Um dafür Anreize zu geben, haben wir in Hessen die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität gegründet. Sie gibt den Kommunen die Möglichkeit, sich untereinander und mit Experten und Initiativen zu vernetzen, voneinander zu lernen und mit klugen Projekten die Verkehrswende vor Ort zu gestalten“, erklärt Müller. Die AG leiste auch einen wichtigen Beitrag zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes. „Für uns GRÜNE ist neben der Verkehrswende hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln die Barrierefreiheit eine zentrale Forderung. Beide sind jetzt Eckpfeiler der Mobilitätspolitik des Landes Hessen.“

Karin Müller betont auch die Bedeutung der Verbesserung der Verkehrssicherheit. „Zum ersten Mal nennt das Land verbindliche Ziele zur Vermeidung von Verkehrsunfällen. Bis 2020 sollen die Unfallzahlen um ein Viertel reduziert werden. Das ist eine sehr wichtige Neuerung, denn jeder Unfall auf Hessens Straßen ist ein Unfall zu viel.“

*Rathausfraktion*

#### **27.09.2016 - CDU-Kandidat disqualifiziert sich selbst**

„Der frisch gekürte OB-Kandidat der CDU disqualifiziert sich bereits bei seiner Antrittsrede“, so Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kasseler Rathaus. „Dass ein OB-Kandidat offen gegen gewählte Dezernenten poltert, mit denen er als gewählter Oberbürgermeister zusammenarbeiten müsste, zeigt deutlich das mangelnde Format des Kandidaten.“ Der Magistrat der Stadt Kassel sei ein Kollegialorgan und gemeinsam dem Wohl dieser Stadt verpflichtet. „Der OB-Kandidat der CDU scheint sich jedoch eher den Partei-eigenen Interessen verpflichtet zu haben.“

Auch inhaltlich laufe die Kritik am Stadtbaurat ins Leere. „Christof Nolda setzt die Beschlüsse der Stadtverordneten präzise, mit hoher fachlicher Kompetenz und in hoher Verantwortung um. Als Beispiele nannte Beig den gelungenen Umbau der Friedrich-Ebert-Straße, den wegweisenden Verkehrsentwicklungsplan oder den preisgekrönten Bau der Grimmwelt.

„Die Äußerungen der CDU zur Stadtpolitik zeugen auch von einem substantiellen Mangel an Verantwortungsbereitschaft“, so Beig. „Wer persönliche Feindschaft zum Gegenstand von Politik macht, dem fehlen offenbar eigene Ideen für Kassel. Die Kasseler Grünen wollen zunächst den Haushalt auf einen guten Weg bringen, um die stabile und erfolgreiche Arbeit in Kassel fortzusetzen. Dann kümmern wir uns um die OB-Wahl.“

*Nicole Maisch, MdB & Friedrich Ostendorff, MdB*

#### **26.09.2016 - Tierhaltung: Keine substanzlosen Schachzüge mehr**

Zur Ankündigung eines staatlichen Tierwohllabels durch Landwirtschaftsminister Schmidt nach der aktuellen Berichterstattung zu Missständen in Tierställen erklären Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik, und Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik:

Der Landwirtschaftsminister ist unter Zugzwang. Dass jetzt Funktionsträger der deutschen Fleischindustrie mit Bildern dahinsiechender Tiere aus eigenen Ställen konfrontiert werden, fällt auch auf ihn zurück. Der Bauernverband hatte im Landwirtschaftsminister stets einen Verbündeten, wenn es darum ging, möglichst wenig am bisherigen, rücksichtslosen Agrarsystem zu ändern. Die aktuelle Berichterstattung zu Missständen in Tierställen macht es sichtbar: Schweine und Puten mit offenen Wunden, Tiere, die nicht mehr laufen oder aufstehen können und tote Tiere, die nicht entsorgt werden. Dieses offensichtliche Leid in der hochrationierten und auf Effizienz getrimmten Tierhaltung ist erschütternd – daran kommt der Landwirtschaftsminister nicht vorbei.

Doch weitere substanzlose Schachzüge zum Leidwesen der Tiere kann sich der Minister nicht erlauben - das gesellschaftliche Interesse am Geschehen in deutschen Ställen und Schlachthöfen wächst. Wir brauchen kein Wohlfühl-Label, sondern eine klare Herkunftskennzeichnung. So entscheiden die Verbraucher mit, wie sich die Tierhaltung in Deutschland entwickeln soll. Für eindeutige Missstände müssen Gesetze verschärft werden. Wir brauchen eine Abkehr von Betonspaltenböden, Kükenschreddern und Qualzucht. Selbst die versammelte wissenschaftliche Kompetenz in Form des wissenschaftlichen Beirats des Landwirtschaftsministeriums bescheinigt der aktuellen Tierhaltung keine Zukunftsfähigkeit. Wir brauchen ein

konsequentes Konzept für den lange aufgeschobenen Wandel in der Tierhaltung. Von Minister Schmidt wird es nicht kommen. Er steht vor dem Scherbenhaufen seiner Politik.

Jahrelang hat er wertvolle Zeit vergeudet und die Interessen der Fleischlobby aufgenommen. „Kompetenzkreis Tierwohl“, „freiwillige Selbstverpflichtungen“ und ein ominöses Grünbuch sind Beispiele für hilfloses Navigieren. Die gerne verwendete Ausrede, schwarze Schafe des Berufsstandes seien für tierquälerische Haltungsbedingungen verantwortlich, funktioniert nicht mehr. Wenn in den Ställen eines Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, dem Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes und dem Vorstand der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands grausame Tierqual-Bilder entstehen, muss ein Landwirtschaftsminister endlich begreifen: Die Tiere leiden nicht trotz der modernen industriellen Tierhaltung, sondern wegen der modernen industriellen Tierhaltung. Wir brauchen eine klare Strategie, wie wir die industrielle Tierhaltung umbauen und den Neustart einer artgerechten Tierhaltung gestalten können.

*Nicole Maisch, MdB & Friedrich Ostendorff, MdB*

### **23.09.2016 - Tierqual: Grausamkeiten endlich stoppen**

Zur Berichterstattung im TV-Magazin Panorama über tierschutzwidrige Zustände in deutschen Ställen erklären Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik, und Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik:

Die Bilder erschüttern im Mark. Sie zeigen die grausame Realität der industriellen Tierhaltung. Tierqual ist der Preis für Billigschnitzel-Produktion. Das Bundesministerium und der Bauernverband mit all ihren verzweigten Akteuren sind sich der Zustände in deutschen Mastställen sehr wohl bewusst. Ohne politischen Willen zur Veränderung steht Landwirtschaftsminister Schmidt ebenso in der Verantwortung wie der Bauernverband. 2014 versprach Minister Schmidt, es müsse den Tieren am Ende seiner Amtszeit besser gehen als jetzt. Von der Einhaltung dieses Versprechens ist er heute Lichtjahre entfernt.

Von ihm und vom Bauernverband können wir nichts erwarten, was das kalkulierte Tierleid stoppen könnte. Jahrelang haben sie Fortschritte in der Tierhaltung durch unerträgliche Wortfloskeln, leere Versprechungen und vorgeschobene Vertröstungen blockiert. Jahrelang haben sie gepredigt, den Tieren ginge es gut, es gebe keinen Bedarf für Veränderungen. Damit muss Schluss sein. Landwirtschaftsminister Schmidt darf sich nicht weiter vor die Kameras stellen und die industrielle

Tierhaltung verteidigen. Denn die betroffenen Betriebe gehören keinen unfähigen schwarzen Schafen des Berufsstandes und keinen irrenden Einzeltätern. Sie gehören führenden Verfechtern der so genannten modernen Tierhaltung.

Landeschefs der Bauernverbände und Vorsitzende führender Interessenvertretungen sind angeklagt, in ihren Ställen massives Tierleid geschehen zu lassen. All ihren Bezeugungen, den Tieren in den modernen Ställen ginge es gut, müssen wir entgegenen: In den modernen Ställen geht es den Tieren nicht gut, die Tiere ertragen millionenfaches Leid. Wir fordern von der Bundesregierung ein ordentliches Tierschutzgesetz, eine Tierhaltungskennzeichnung auf Fleisch und Milch sowie Unterstützung für die Bäuerinnen und Bauern, um mehr Tierschutz umsetzen zu können. Mit den Bäuerinnen, Bauern, Verbraucherinnen und Verbrauchern können wir diese Zustände beenden. Wir brauchen einen Umbau der Tierhaltung und neue Wege, um Tiere artgerecht zu halten. Es ist eines zivilisierten Landes nicht würdig, fühlende Wesen so zu misshandeln. Wir brauchen die Agrarwende jetzt.

*Rathausfraktion*

### **21.09.2016 - Wohnraumentwicklung untermauert Kassels positiven Trend**

„Zusätzlicher Wohnraum für 9000 Menschen ist ein beeindruckendes Zeichen für die positive Entwicklung unserer Stadt“, freut sich Steffen Müller, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion. Nicht nur die große Zahl sei ein Grund zur Freude, sondern auch die gute Mischung der geplanten und in Ausführung befindlichen Projekte. „Es wird mehr sozialen und günstigen Wohnraum geben, Baulücken und Brachen werden geschlossen und ein Vorzeigeprojekt für Nachhaltigkeit wie mit dem Baugebiet Zum Feldlager in Harleshausen gehört auch dazu.“

Aus grüner Sicht sei ebenfalls sehr erfreulich, dass Stadtbaurat Christof Nolda den Schwerpunkt in Kassel klar auf die Innenentwicklung lege und nicht auf weiteren Flächenverbrauch. „Das ist der richtige Weg für die zukünftige Entwicklung für mehr Wohnraum in Kassel“, so Müller weiter. „Die Vorteile der Innenentwicklung sind eindeutig: Da es sich um gewachsene Quartiere handelt, ist die komplette Infrastruktur bereits vorhanden. Das ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und der Verkehrsverringerung.“

*Nicole Maisch, MdB*

### **19.09.2016 - Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen – Auch Stadt Kassel muss handeln**

„Ein Verbot von Wildtieren im Zirkus ist lang überfällig! Elefanten oder Nashörner haben in einem

Zirkus einfach nichts zu suchen!“ sagt Nicole Maisch, tierschutzpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Eine tier- und artgerechte Haltung sei dort nicht möglich. Der Bundesrat habe daher im Juni zum wiederholten Mal ein Verbot gefordert. „Doch für den zuständigen Bundesminister Christian Schmidt von der CSU scheint Tierschutz ein Fremdwort zu sein. Er mauert, wo er nur kann,“ ärgert sich Maisch. Leidtragende seien die Tiere, die unter unnatürlichen Bedingungen in viel zu engen Käfigen, mit viel zu wenig Auslauf und Beschäftigung gehalten werden. Auch den absurden Kunststücken, die von den Tieren verlangt werden, erteilt Maisch eine Absage: „Dass Elefanten gern einen Kopfstand machen oder Tiger durch brennende Reifen springen, kann niemand ernsthaft erzählen. Das ist und bleibt Tierquälerei! Damit muss die Mehrheit von Union und SPD im Bundestag endlich Schluss machen.“

Dass jetzt auch Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen einen Rückzieher mache, sei mehr als enttäuschend. „Solange der Bund nicht handelt, müssen die Kreise vorangehen. Die Stadt Kassel ist aufgerufen, Zirkussen mit Wildtieren keine Gastiererlaubnis mehr zu geben.“ fordert Christine Hesse, tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen Rathausfraktion. „Hilgen hat es in der Hand für mehr Tierschutz zu sorgen. Dieser Verantwortung muss er nachkommen.“ Die Argumente des Magistrats gegen ein städtisches Verbot von Zirkussen mit Wildtierhaltung sind nach Grüner Ansicht zu einfach gehalten. „Diverse juristische Gutachten besagen deutlich, dass ein Wildtierverbot auf kommunaler Ebene verfassungsrechtlich vertretbar ist,“ sagt Hesse. „Zahlreiche Städte und Gemeinden verbieten bereits Wildtiere im Zirkus und sind damit entschieden weiter als die Stadt Kassel. Wir müssen nicht auf eine bundespolitische Entscheidung warten.“ Die Stadt Kassel täte gut daran, sich dem Tierschutz anzuschließen und Wildtiere im Zirkus zu verbieten, fordern Maisch und Hesse.